

21.22

Abgeordnete Melanie Erasim, MSc (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzter Herr Minister! Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Werte ZuseherInnen! Ich werde mich in meinen Ausführungen mit dem Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung geändert wird, beschäftigen und noch einmal kurz zusammenfassen, was dieses Gesetz vorsieht.

Es beinhaltet ja mehrere kleinere Punkte. Es regelt unter anderem die Benutzungs-
möglichkeit der Rettungsgasse auch durch Leichenwägen – eine Regelung, die bei ge-
nauem Hinsehen auch als sinnvoll betrachtet werden kann und die von uns auch die
Zustimmung erhalten würde, wäre sie nicht Teil dieses Gesamtkonvoluts.

Dieses beinhaltet auch die Ausnahme der Pferde des Kollegen Kickl vom verordneten
Reitverbot. Da wir diesem Gesamtthema negativ gegenüberstehen, sehen wir das
auch in diesem Gesetzestext als nicht unterstützenswert.

In dieser Novelle wird auch der Versuch unternommen, Klein- und Miniroller, die ange-
sprochenen E-Scooter, näher zu definieren, Leistungsgrenzen zu definieren und für
dieses geänderte Verkehrsgeschehen rechtliche Klarstellungen zu treffen. Der Fokus
bei meiner eben getätigten Aussage liegt eher auf dem Wort Versuch, denn Klarheit
wurde aus unserer Sicht in diesem Bereich nicht geschaffen. Uns Sozialdemokraten
liegt das Thema Verkehrssicherheit besonders am Herzen, doch die eben erwähnten
geplanten Regelungen für Scooter erscheinen uns kaum exekutierbar und mit den gan-
zen Grenzwerten auch sehr schwierig zu kommunizieren.

Was auch zur Gänze fehlt – da darf ich ergänzend zu den Ausführungen meines Kol-
legen Alois Stöger sprechen –, sind die angekündigten Verkehrssicherheitsmaßnah-
men für Lkws. Die versprochene Verordnungsermächtigung betreffend Abbiegeverbote
fehlt gänzlich. Sie haben gerade erwähnt, dass das in Begutachtung geht. Wir finden
es schade, dass das nicht schon jetzt passiert ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich, da das jetzt ziemlich untergegangen ist, noch
ein paar Worte, wenn auch schon zu später Stunde, zur Frage Ihrer Glaubwürdigkeit,
Herr Minister Hofer, und zur Glaubwürdigkeit der FPÖ verlieren. Sie haben, medial in-
szeniert, einer Gruppe von Kindern versichert, alles dafür zu tun, dass verpflichtende
Abbiegeassistenten für alle Lkws implementiert werden – etwas, was ich Ihnen auch
abgenommen habe. Danach gab es einen Sicherheitsgipfel, auch mit einer Fülle von
Ankündigungen, jedoch gepaart mit der Erkenntnis, dass es ohne EU in diesem Be-
reich Schwierigkeiten bei der Umsetzung gibt.

Was jedoch mein großes Problem ist, betrifft Ihren Parteikollegen und Ihre Parteikollegen auf EU-Ebene. Dort tut sich nämlich diesbezüglich etwas, nämlich dass ab Ende 2021 nur mehr Lkws mit eingebautem Abbiegeassistenten genehmigt werden. Wir müssen aber feststellen, dass Ihre Partei, Ihr EU-Spitzenkandidat genau dieser Weichenstellung auf EU-Ebene nicht einmal zugestimmt hat!

Da müssen Sie dann schon die Frage verstehen, wie glaubwürdig die Aussagen von Ihnen als Person, von Ihnen als Partei sein sollen, und müssen sich auch die Frage gefallen lassen: Wie rechtfertigen Sie diese Vorgehensweise Ihrer Parteikollegen auf EU-Ebene gegenüber den Kindern, denen Sie ein Versprechen gegeben haben, und wie rechtfertigen Sie das gegenüber den Österreicherinnen und Österreichern, denen Sie im Wort sind? – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

21.26

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Hoyos-Trauttmansdorff. – Bitte.